



Nr. 8 / 11. Dezember 2025

Gemeinsame Erklärung der Integrationsbeauftragten der Länder: Zuwanderung bringt unsere Gesellschaft entscheidend voran.

Auf ihrer diesjährigen Herbstkonferenz haben sich die Integrationsbeauftragten der Länder und des Bundes am 1. und 2. Dezember auf Einladung der schleswig-holsteinischen Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, Doris Kratz-Hinrichsen, in Kiel getroffen. Inhaltlicher Schwerpunkt war bei diesem Treffen unter anderem die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt.

Zum Abschluss ihrer Konferenz erklären die Integrationsbeauftragten der Länder gemeinsam:

Deutschland ist ein Land der Vielfalt und profitiert von Zuwanderung – wirtschaftlich, kulturell und sozial. Vor dem Hintergrund diversitätsfeindlicher Trends weltweit und auch in Deutschland ist ein politisches Bekenntnis zur Zuwanderungsgesellschaft geboten.

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist ein zentrales Ziel unserer Integrationspolitik. Sie eröffnet Menschen Lebensperspektiven, stärkt ihre gesellschaftliche Teilhabe und sichert zugleich den Fachkräftebedarf unserer Wirtschaft. Sie ist damit ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft. Bei der Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen haben wir spürbare Erfolge erzielt. Diese Erfolge sind nur möglich dank des Engagements zahlreicher Akteure – von den Geflüchteten selbst über Institutionen bis hin zu vielen Ehrenamtlichen vor Ort sowie der Wirtschaft.

Zugleich sind sich die Beauftragten darin einig, dass die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zum Teil auf hohe Hürden stößt, die sich von der Anerkennung mitgebrachter schulischer und beruflicher Qualifikationen über gesetzliche Zugangshindernisse, fehlende Kenntnisse der deutschen Sprache, zu lange Wartezeiten sowie neue Hürden bei der bundesgeförderten Sprachförderung, eingeschränkte Mobilität bis zu Vorbehalten durch künftige Arbeitgebende erstrecken. Diese Hürden müssen verstärkt abgebaut werden.



Gleichzeitig beobachten die Integrationsbeauftragten mit Sorge, dass die öffentliche Debatte zunehmend von migrationsfeindlichen und populistischen Tönen überlagert wird, die die realen Erfolge der vergangenen Jahre verzerren oder bewusst infrage stellen. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern droht auch, eine sachbezogene und vernünftige Debatte um Integration zu untergraben. Es ist Aufgabe aller Ebenen – EU, Bund, Länder und Kommunen – gemeinsam und nachhaltig zu handeln. Wir haben in den vergangenen Jahren wichtige Strukturen aufgebaut, die wir schützen und weiterentwickeln müssen, damit Deutschland auch künftig gut auf Einwanderung vorbereitet ist.

Gerade jetzt braucht es einen breiten parteipolitischen Konsens: Wir müssen anerkennen, welche bedeutende Rolle Migration für unser Land gespielt hat und weiterhin spielt. Wir müssen deutlich machen, dass Zuwanderung unser Land entscheidend vorangebracht hat und dass wir auch in Zukunft auf Einwanderung angewiesen sein werden, wenn wir unseren Arbeitskräftebedarf decken und unsere Gesellschaft lebendig und gerecht gestalten wollen.

Unsererseits haben wir uns auf Grundsätze unserer Zusammenarbeit verständigt. Mit ihnen erkennen wir die strukturellen und alltäglich manifesten Diskriminierungen an, die Menschen mit internationaler Geschichte erfahren müssen, und bekennen uns zu einer diversen Gesellschaft:

- Wir setzen uns für eine Politik ein, die Schutz bietet, Integration fördert, Chancen schafft und den Zugang zu Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft erleichtert. Vielfalt ist ein Wesensmerkmal unserer Demokratie und muss für alle gestaltet werden.
- Eine starke Zivilgesellschaft ist unverzichtbar für Teilhabe und Integration. Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement und arbeiten mit Organisationen zusammen, die sich für Demokratie und gegen Ausgrenzung einsetzen.
- Als Integrationsbeauftragte fördern wir ein Klima der Toleranz und des Respekts – entscheidend für eine lebendige Demokratie. Integrationsarbeit muss präventiv, antidiskriminierend und antirassistisch sein.
- In allen Formaten achten wir auf diskriminierungsfreie Sprache und treten populistischen, rassistischen oder sexistischen Äußerungen entschieden entgegen. Wir stehen Betroffenen solidarisch zur Seite.